



Dienstag, 7. Mai 1974

Blatt 1030

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

(rosa)

Wiener Landtag

Wiener Gemeinderat

Dank des Gemeinderates an Stadtbaudirektor Koller

Lokal:

(orange)

Baumpflanzung im Josef Strauß-Park

Feuerwehr auf nächtlicher Fuchsjagd

Kultur:

(gelb)

Peter Wehle ein Sechziger

Jubiläumsausstellung in der Galerie Alsergrund

Chef vom Dienst 42 800/2971 Durchwahl

Wiener Landtag
=====

Wien, 7.5. (RK) Der Wiener Landtag trat Dienstag unter dem Vorsitz von Präsidentin Maria Hlawka zu einer Sitzung zusammen, die sich mit der Novellierung der Bauordnung und dem Baumschutzgesetz befassen wird. Anschließend wird eine Anfrage an Landeshauptmann Leopold Gratz behandelt werden, die von allen drei im Landtag vertretenen Parteien eingebracht wurde. Die von den Fraktionsobmännern Suttner (SPÖ), Hahn (ÖVP) und Dr. Hirnschall (FPÖ) unterzeichnete Anfrage verweist auf die zunehmende Abbruchspekulation und bezeichnet die baldige Verabschiedung neuer mietrechtlicher Bestimmungen durch den Nationalrat als dringend. Der Landeshauptmann wird gefragt, ob er bereit sei, sich deswegen mit den Parlamentsfraktionen in Verbindung zu setzen.

Zwei ÖVP-Anträge betreffs Bildung eines familienpolitischen Beirates bei der Landesregierung und betreffs Erhöhung der Blindenbeihilfen wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP wurden die Vertreter des Landtages im Landessportbeirat gewählt: Von der SPÖ Abg. Dr. Müller und Abg. Wiesinger als Mitglieder, Abg. Seeböck und Abg. Friederike Seidl als Ersatzmitglieder, von der ÖVP Abg. Hofrat Bittner als Mitglied und Abg. Arthold als Ersatzmitglied.

Abbruchverbot in künftigen Schutzzonen

Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) referierte über eine Novelle zur Bauordnung, die daraufhin abzielt, in künftigen Schutzzonen den Abbruch wertvoller Häuser verhindern zu können. Es habe sich nämlich gezeigt, daß einerseits die Vorarbeiten bis zur Erklärung einer Schutzzone durch den Gemeinderat langwierig seien, andererseits private Eigentümer diese Zeit nützten, um wertvolle Gebäude abzurechen und durch Neubauten zu ersetzen. Die Novelle gebe nun die Möglichkeit, zwei Jahre lang derartige Abbrüche zu versagen. Wenn diese zwei Jahre abgelaufen sind, und bis dahin noch nicht eine Schutzzone vom Gemeinderat festgelegt sein sollte, gelte das Abbruchverbot allerdings nicht mehr.

Heller führte aus, daß im Rahmen der Begutachtung zwar verfassungsrechtliche Bedenken laut geworden seien, denen er sich aber nicht anschließen könne, weil das Bautenministerium, gestützt auf den Verfassungsdienst des Kanzleramtes, diese Bedenken ebenfalls nicht geteilt habe.

Als erster Debattenredner wandte sich auch Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) gegen die von der Wiener Handelskammer vorgebrachten verfassungsfechtlichen Bedenken. Er erinnerte daran, daß derzeit der Schutz wertvoller Gebäude unzureichend sei und seine Fraktion schon vor Beschlußfassung der Altstadterhaltungsnovelle darauf hingewiesen habe, daß diese Novelle allein den notwendigen und raschen Schutz nicht gewährleiste. Mit zweijähriger Verspätung - inzwischen seien jedoch zahlreiche wertvolle Häuser zerstört worden - würde nun den Bedenken der FPÖ Rechnung getragen.

Abg. Dr. Krasser (ÖVP) befaßte sich sehr ausführlich mit den rechtlichen Aspekten der neuen Novelle, wobei er hervorhob, daß das neue Gesetz seiner Meinung nach unnötig sei. Der geltende Paragraph 87 der Bauordnung habe ohnedies immer die Möglichkeit geboten, den Abbruch von wertvollen Gebäuden zu verhindern. Bedauerlicherweise habe man davon aber offenbar deshalb nicht Gebrauch gemacht, weil die notwendigen Gutachten der Architekturabteilung des Magistrates nie so schlüssig gewesen seien, daß sich die Baubehörde hätte darauf stützen können. Dr. Krasser führte auch verfassungsrechtliche Bedenken an: während die Schutzzonen vom verfassungsgemäßen Gremium, dem Gemeinderat, verordnet würden, würde die Versagung eines Abbruches bloß von der Verwaltung ausgesprochen. Es nehme also die Baubehörde einen Beschluß des Gemeinderates vorweg. Schließlich meinte Krasser, daß seinerzeit sowohl Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner wie auch Stadtrat Ing. Hofmann dem irrigen Optimismus gehuldigt hätten, die Erklärung der Schutzzonen werde rasch möglich sein. Obwohl zudem auch zahlreiche Juristen der Baubehörde Bedenken gegen die vorliegende Novelle angemeldet hätten, habe Stadtrat Heller die Weisung erteilt, diese Gesetzesänderungen dem Landtag vorzulegen. Seine Fraktion werde lediglich aus politischen Gründen, damit man der ÖVP nicht eventuell vorwerfen könne, sie würde vielleicht die Spekulanten unterstützen, der Novelle die Zustimmung geben.

Als letzter Debattenredner war Abg. Wiesinger (SPÖ) seinem Vorredner vor, er habe sich persönlich verteidigt und dabei ./.

hundertmal nein und einmal ja gesagt. Die juristischen Qualitäten Krassers wolle er nicht bezweifeln, doch hätte seinerzeit die ÖVP mehr Initiative entwickeln können, um den Paragraph 87 der Bauordnung anzuwenden. Es sei der SPÖ zu danken, daß sich in Wien eine Altstadtgesinnung entwickelt habe, wobei freilich private Eigentümer aus Gewinnsucht dieser Gesinnung nicht folgten.

("Die Gemeinde demoliert selbst" ruft Stadtrat Dr. Goller, ÖVP). Es gehe nicht an, daß der Stadt in solchen Fällen die Schuld zugeschoben würde, wenngleich auch er wisse, daß die Erklärung von Schutzzonen zeitraubend sei. Der Weg der kleinen Schritte werde heute mit der Novelle zur Bauordnung fortgesetzt. Abschließend erklärte Wiesinger, es seien vor allem kapitalstarke Unternehmen, die ihrer Verpflichtung gegenüber dem kulturellen Erbe nicht nachkommen wollten und den Versuch unternähmen, den Altstadterhaltungsbeirat unter Druck zu setzen.

Im Schlußwort meinte Heller zunächst, er freue sich über die einhellige Zustimmung zur Novelle. Auch er wäre froh, könnte die Erklärung von Schutzzonen rascher erfolgen, doch jedermann in diesem Hause wisse, daß Änderungen der Flächenwidmung eben zeitraubend seien. Er bedaure es, von Dr. Krasser bei der Amtsübergabe keinerlei Unterlagen erhalten zu haben ("Ja glauben Sie, ich habe Akten aus dem Rathaus mitgenommen?" repliziert Krasser.). Die verfassungsrechtlichen Bedenken seien durch die Stellungnahme des Bautenministeriums und des Verfassungsdienstes nicht bestätigt. Natürlich gebe es unter den Juristen des Rathauses Differenzen, und was den Hinweis auf Paragraph 87 der Bauordnung angehe, so sei der neue Paragraph 60 doch wesentlich weiter gefaßt, weil er nicht bloß Einzelgebäude, sondern Stadtteile schütze.

Abg. Dr. Krasser meldete sich geschäftsordnungsgemäß nach Schluß der Debatte zu einer Berichtigung: Stadtrat Heller habe den Verdacht anklingen lassen, er hätte Unterlagen des Magistrates mitgenommen, was natürlich nicht stimme. Er habe lediglich seine Privatkorrespondenz in sein Büro bringen lassen und er lade jedermann ein, sich selbst davon zu überzeugen.

Abstimmung: Ein-stimmig angenommen

Baumschutzgesetz

Den Inhalt des Baumschutzgesetzes könne man auf vier wesentliche Punkte reduzieren, meinte Umweltstadtrat Peter Schieder als Berichterstatter dieses neuen Landesgesetzes.

1. Eingriffe in den Baumbestand dürfen künftig nur mit behördlicher Bewilligung vorgenommen werden.

2. Bei der Fällung von Bäumen wird Ersatzpflanzung vorgeschrieben.

3. Die Ersatzpflanzung hat primär jener durchzuführen und zu bezahlen, der Bäume entfernt hat.

4. Nur in Fällen, wo dies nicht möglich ist, nimmt der Magistrat die Ersatzpflanzung auf Kosten des Baumfällers vor.

Er müsse dem mehrfach geäußerten Vorwurf, dieses Gesetz treffe nur die Kleinen, zurückweisen. Es treffe vor allem die Geschäftemacher und die Spekulanten.

Das Gesetz sei vor allem zum Schutz der Bäume geschaffen worden, nicht zum Schutz der Gesetzesbuchstaben, nicht um ausschließlich abschreckend zu wirken. Er erhoffe sich durch dieses Gesetz eine Verstärkung des Umweltbewußtseins jedes einzelnen Bürgers.

Schieder räumte ein, daß dieses Gesetz nicht das "non plus ultra" für Jahrzehnte sein werde. Er kündigte an, dem Landtag in einem Jahr einen umfassenden Bericht über die praktischen Erfahrungen der Anwendung dieses Gesetzes vorzulegen. Änderungen seien durchaus möglich.

Das Gesetz sei weiters kein Freibrief für die Gemeinde Wien. Die Stadtverwaltung werde das Gesetz in seiner strengsten Auslegung befolgen. Die Abgaben stellten keine Zusatzfinanzierung dar, sondern dienten ausschließlich der Pflanzung von Bäumen und der Vermehrung von Grünflächen in verbauten Gebieten. Vom Ergebnis zweier Untersuchungen über die Auswirkung von Salzstreuung und das Parken zwischen Alleebäumen werde es abhängen, ob dieses Gesetz noch durch weitere Maßnahmen der Stadtverwaltung zum Schutz der Bäume ergänzt wird.

Dkfm. Bauer (FPÖ) äußerte die Befürchtung, daß dieses Gesetz keinen Schutz gegen den Baummord - vor allem durch die öffentliche Hand - darstelle. Er brachte drei Anträge ein, den Beirat für Naturschutz bei den Entscheidungen über die Bewilligung von Fällungen hinzuzuziehen, die Bezirksvertretungen einzuschalten und die Abgaben für den Grundkauf im dichtverbauten Gebiet Zweck zu binden.

Dr. Glatzl (ÖVP) äußerte die Vermutung, daß die Ereignisse um den Sternwartepark als heilsamer Schock für die Mehrheitsfraktion zum Zustandekommen dieses Gesetzes beigetragen hätten. Der Zweckbindung der Abgaben würde seine Partei zustimmen. Die Höhe der Strafen schiene ihm bedenklich. Auch die Verankerung der Bezirksvertretung sei zu wenig massiv. Das Gesetz sei nicht das, was es sein könnte, seine Partei werde jedoch auch dem geschlossenen Kompromiß zustimmen.

Abg. Schemer (SPÖ) regte die Schaffung eines Baumkatasters für Wien an. Nur dadurch wäre es möglich zu kontrollieren, ob die Ersatzpflanzungen auch tatsächlich Bestand haben. Die Grünflächenpolitik der Stadtverwaltung habe sich sowohl in der ersten als auch in der zweiten Republik immer am Wohl der Bevölkerung orientiert und unterscheide sich wohltuend von der Politik in anderen Großstädten. Dies sei ausschließlich ein Verdienst der SPÖ.

Abg. Braun (SPÖ): Man könne die öffentliche Hand unter gar keinen Umständen mit dem Begriff Baummord zusammenbringen. Auch der Vorwurf, dieses Gesetz ermögliche der Stadtverwaltung, Richter in eigener Sache zu sein, sei unzutreffend. Das sei Mißtrauen jener Institution gegenüber, der Abg. Bauer selbst angehöre. Die Debattenbeiträge hätten gezeigt, daß für die Beschlußfassung über dieses Gesetz eher noch mehr Zeit nötig gewesen sei. Dr. Glatzl beispielsweise, der im zuständigen Ausschuß dem Gesetzentwurf vollinhaltlich zustimmte, habe nun das Ergebnis als mager bezeichnet. Obwohl alle Fraktionen zur Mitarbeit aufgefordert waren, seien sie Anregungen und Verbesserungsvorschläge schuldig geblieben. (Zwischenruf von Dr. Glatzl: Ich habe eben nachgedacht!)

Stadtrat Schieder verstärkte im Schlußwort diesen Vorwurf. Er habe mehrmals den Vertretern aller Parteien die Möglichkeit zu Aussprachen und Mitarbeit geboten. Er ließ durchblicken, daß er es für demagogisch halte, im Ausschuß dem Gesetzentwurf vollinhaltlich zuzustimmen und im Gemeinderat Bedenken anzumelden.

Die Verdächtigung, Richter in eigener Sache zu sein und sich zu richten, müsse er entschieden im Interesse der Beamten zurückweisen. Dieser Vorwurf beinhalte nicht mehr und nicht weniger, als daß man den Beamten der Stadtverwaltung die Nichterfüllung von Gesetzen zutraue. Zum Antrag von **Alg.** Bauer die Mittel Zweck zu binden: Im Gesetzestext wird die Formulierung... ausschließlich zu verwenden vorgesehen. Zwischen ausschließlicher Verwendung und der Formulierung zweckgebunden für bestehe kein Unterschied. Einziger Unterschied des Antrages zum Gesetzestext: Im Gesetz wird das verbaute Gebiet angeführt, im Antrag das dichtverbaute Gebiet.

Er lehne es ab, das Baumschutzgesetz ausschließlich für die innerstädtischen Bezirke gelten zu lassen und empfehle daher die Ablehnung dieses Antrages.

Schieder stellte weiter klar, daß die verlangte Öffnung des Sternwarteparks nicht in die Kompetenz der Stadtverwaltung falle. Sie liege ausschließlich im Ermessen der Universität. Appelle der Stadtverwaltung seien bisher erfolglos geblieben.

Die FPÖ-Anträge über Beirat und Bezirksvertretungen wurden einstimmig zugewiesen.

Der FPÖ-Antrag über Zweckbindung wurde mit den Stimmen der SPÖ-Fraktion abgelehnt. Das Baumschutzgesetz wurde einstimmig beschlossen.

Zum Schluß der Landtagssitzung beantwortete Landeshauptmann Gratz die gemeinsame Anfrage der drei Klubobmänner der Wiener Landtagsklubs, betreffend beschleunigte Verabschiedung neuer mietrechtlicher Bestimmungen durch den Nationalrat.

Bei einer mit großem Ernst geführten Aussprache zwischen Vertretern des Justizministeriums, der Mietenrichter, des Städtensenats, der drei Gemeinderatsklubs und der zuständigen Beamten seien Zahlen bekannt gegeben worden, die die Begründung der Anfrage noch unterstreichen, betonte Gratz.

Während die Zahl der wegen drohender Obdachlosigkeit vorge-
merkten Wohnungswerber 1973 nach Angaben des Magistrats 2.422
betrug, sei sie allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres
um 624 gestiegen. Das Justizministerium teilte mit, daß in
Wien derzeit 2.576 Fälle von Kündigungen oder Exekutionen wegen
Abbruchreife bekannt seien, Im ganzen Bundesgebiet seien es
nur um 100 Fälle mehr. Daraus ergäbe sich das eminente Interesse
des Landes Wien an einer raschen Verabschiedung des neuen Mieten-
rechtes.

Abschließend betonte der Landeshauptmann, daß er diesen
einmütigen Willensbeweis des Landtages zum Anlaß nehmen werde,
an die Klubobmänner der Nationalratsklubs und an den Vorsitzenden
des Justizausschusses heranzutreten.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 7. 5. (RK) Zu Beginn der Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, teilte Bürgermeister Leopold Gratz mit, daß von der ÖVP 15 Anträge und von der FPÖ vier Anträge vorliegen. Die ÖVP-Anträge betreffen die Information über Assanierungsgebiete, eine Auskunftsstelle über Assanierungsfragen, eine Wohnungsbedarfsprognose, die Erfassung kleinerer Altgemeindewohnungen, die als Ersatzwohnungen nach dem Assanierungsgesetz freigemacht werden könnten, die Rücksiedlung in assanierte Stadtviertel und die Schaffung von Erholungsflächen im Rahmen der Assanierung.

Ferner werden verlangt: in zwei Anträgen ein Ersuchen an die Bundesregierung um Änderungen am Wohnbauförderungsgesetz, eine Änderung der Bestimmungen des Wiener Wohnbaufonds zur Erhöhung der Einkommensgrenze, eine Novellierung des Wohnungsverbesserungsgesetzes, die Teilöffnung des Sternwarteparks, den Einsatz von City-Bussen in der Inneren Stadt, das Bazillenausscheidergesetz, eine Subvention an die Österreichische Multiple-Sklerose-Gesellschaft und die Einführung des Nulltarifes in allen Mülldeponien.

Die FPÖ beantragte Sofortmaßnahmen in Kündigungsverfahren wegen wirtschaftlicher Abbruchreife, die Öffnung des Hetzendorfer Schloßparks, die Erweiterung der Geschäfte der Bezirksvertretungen und eine entsprechende Geschäftsordnungsänderung.

Schließlich brachte die Bezirksvertretung des 7. Bezirkes noch sieben Anträge ein, die Verkehrsprobleme und die Schaffung einer "Lärmfibel" **betrafen**.

Sämtliche Anträge wurden zugewiesen.

Die ÖVP verlangte die Verlesung und Besprechung einer Anfrage an den Bürgermeister betreffend Zuerkennung von Pensionen an die ausgeschiedenen Bauring-Geschäftsführer, Billigung des saudi-arabischen **Arrangements** und Vorlage der Bauring-Bilanzen an den Aufsichtsrat. Die Behandlung der Anfrage erfolgt vor Schluß der Sitzung.

Umwidmung

Zum Antrag von GR. Holubarz (SPÖ), ein Gebiet in Wien 23, zwischen Breitenfurter Straße, Stadtgrenze, Tiergartenmauer, Wittgensteinstraße, Kalksburger Straße und Jägerweg umzuwidmen, um es dem Wald- und Wiesengürtel zuzuführen, meldete sich GR. Dr. Hirnschall zu Wort. Er begrüßte die Umwidmung als wirksame Maßnahme gegen die drohende Verhüttelung, bemängelte jedoch, daß ein Anwesen davon ausgenommen werde, das einem Senatsrat der Stadtverwaltung gehören soll. Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) entgegnete, daß ihm nicht bekannt sei, welchem Senatsrat in diesem Gebiet ein Anwesen gehöre. Er könne daher dazu nicht Stellung nehmen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Wohnhausanlage

Die Genehmigung von 680 Millionen Schilling zur Errichtung des zweiten Bauteils einer modernen Wohnhausanlage auf den Gründen des Trabrennvereins in Wien-Donaustadt beantragte Vizebürgermeister Pfösch (SPÖ). Er wies darauf hin, daß das erste Bauteil mit 1.000 Wohnungen bereits im Bau sei und eine Wohnhausanlage entstehe, die der Größe des Karl Marx-Hofes entspreche. Die Durchschnittsgröße der Wohnungen liege bei 77,5 Quadratmeter, die Baukosten bei 6.500 Schilling pro Quadratmeter Nutzfläche. GR. Dr. Macher (ÖVP) nahm dieses Wohnbauvorhaben zum Anlaß, um an der Doppelfunktion der Stadtverwaltung bei Bauvorhaben Kritik zu üben: Bei dieser Anlage sei die Gemeinde nämlich sowohl Bauherr als auch Eigentümer der Bauführung, die dem Bauring Wien übertragen worden sei. Obwohl der Bauring seinerzeit als Preisregulator auf dem Bausektor gegründet worden sei, sei der Quadratmeterpreis von 6.500 Schilling in seinen Augen durchaus kein günstiger Preis. Seit Anbeginn habe der Bauring die Wurzeln zur Gigantomanie in sich gehabt, die schließlich zur Vergeudung von Steuergeldern in Saudi-Arabien geführt habe. Der Redner sprach den Verdacht aus, ob nicht durch Quadratmeterpreise von 6.500 Schilling die Verluste in Arabien hereingebacht werden sollten. Diesen Verdacht wies Vizebürgermeister Pfösch in seinem Schlußwort zurück, indem er feststellte, daß der Auftrag

dem Bauring im freien Wettbewerb zugesprochen worden sei. Der Bauring sei gegenüber anderen Montagebaufirmen der Bestbieter gewesen. Zu den bedauerlichen Geschäften des Baurings in Saudi-Arabien habe er heute nichts zu sagen, erklärte Pfoch, weil der Bürgermeister nach Vorliegen der Überprüfungsresultate den Gemeinderat ausführlich informieren werde.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Donauinsel

Zu einer Debatte zwischen SPÖ und ÖVP über die Donauinsel kam es im Zusammenhang mit einem Antrag, den Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) vorlegte. Er betraf eine Bodenuntersuchung am Donauufer im 22. Bezirk zur Festlegung des Standortes für das erste Wehr. Der ursprünglich vorgesehene Platz erwies sich nach Bodenuntersuchungen als ungeeignet. Die neuen Untersuchungen werden sieben Millionen kosten. Stadtrat Hofmann berichtete über einige neue Fachgutachten über das Hochwasserschutzprojekt, die durchwegs positiv sind. Die Jury für den städtebaulichen Wettbewerb über die Gestaltung der Donauinsel wird voraussichtlich bis 20. Juni ihre Arbeiten abschließen können, dann wird - in der letzten Juni- oder ersten Juliwoche - das vom Bürgermeister angekündigte zweite Hearing über den Hochwasserschutz stattfinden.

GR. Hoffmann (ÖVP) kritisierte, daß man für das Wehr zuerst geplant und dann erst den Boden untersucht habe. Er wandte sich dann gegen die zustimmende Äußerung von Prof. Dr. Bodzenta über das Inselprojekt, die er als Wendung um 180 Grad bezeichnete. Die ÖVP könne das nicht bewegen, ihre Meinung zu revidieren. Gegen das Inselprojekt spreche die Gefahr von Eisstößen. Bei einem Eisstoß wie im Jahre 1928 habe bisher das Wasser auf das Inundationsgebiet ausweichen können, jetzt würde das Entlastungsgerinne zufrieren und es sei fraglich, ob die Kapazität des Hauptbettes mit 8.000 Kubikmeter Wasser pro Sekunde ausreiche. Er kritisierte, daß keine Auf- und Abfahrten von den Brücken zur Insel vorhanden seien. Etwa im Falle eines Sommergewitters würden die Brücken den plötzlichen Verkehrsstoß nicht aufnehmen können. Vor allem sei die ÖVP jedoch aus wirtschaftlichen Gründen gegen das Projekt. Heißes Geld werde hier in die heiße Inflation gepumpt, das präsumptive Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung werde unterlaufen. Es sei noch nicht zu spät. Man könnte den vor-

handenen Teil der Insel und den sehr schönen Badesee, der entstanden sei, bestehen lassen, aber im übrigen sich mit der Verstärkung der Dämme begnügen.

GR. Edlinger (SPÖ) erklärte, daß sich die Bevölkerung von den Versuchen, mit allen Mitteln Emotionen gegen die Donauinsel aufzuheizen, nicht habe beeindruckt lassen: In zwei Wahlen habe sie der ÖVP die Antwort darauf gegeben. Nun sei das Stadium der Diskussion durch den Baufortschritt überholt: Das Entlastungsgerinne ist 1,5 km lang und wächst täglich um weitere sieben Meter. Es habe kaum je ein Vorhaben in dieser Stadt gegeben, das so lange und intensiv geprüft wurde. 1961 legte der damalige Stadtplaner Professor Rainer das Projekt vor, 1963 wurde es in der Stadtplanungskommission einhellig beschlossen. 1964 sei auch noch die ÖVP für die Schaffung von Erholungsgebieten im Donaubereich eingetreten. Erst dann habe sie sich entschlossen alles zu tun, um diesen Meilenstein in der Entwicklung Wiens zu verhindern. Die Kosten für das Projekt seien tatsächlich beträchtlich. Bei ihrer Einschätzung müsse man jedoch außer dem Hochwasserschutz auch die Zusatzeffekte berücksichtigen - die Sanierung der Lobau, die neuen Erholungsgebiete, die Möglichkeit der Trinkwassergewinnung. Auch Edlinger zitierte Professor Bodzenta, der das Inselprojekt als einziges realistisches bezeichnete. Wenn er damit seine frühere Meinung geändert habe, so zeige das, daß Experten - im Gegensatz zur ÖVP - Argumenten zugänglich sind.

Stadtrat Ing. Hofmann erinnerte im Schlußwort daran, daß die ÖVP ursprünglich das Projekt des Strombauamtes, nur die Dämme zu verstärken, abgelehnt und den ersten 600 Millionen für das Inselprojekt zugestimmt habe. Ihre Unsachlichkeit zeige sich auch darin, daß ihr einerseits der Ausbau auf eine Durchflußmenge von 14.000 Kubikmeter pro Sekunde übertrieben erscheine, während ihr andererseits im Falle eines Eisstoßes alles zu wenig sei. Was die Rampen zwischen Brücken und Insel betreffe, sei es eine Bedingung des städtebaulichen Wettbewerbes, daß nur der unbedingt nötige Individualverkehr zugelassen werden dürfe. Bei der notwendigen Totalreparatur der Floridsdorfer Brücke werden dort die Rampen gebaut.

Abstimmung: Von SPÖ und FPÖ beschlossen.

Autobahn

Über die künftige Donauuferautobahn entlang des Hubertusdammes referierte anschließend ebenfalls Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (SPÖ). Die Trassierung der Autobahn wurde dem Gemeinderat in Form einer Änderung des Flächenwidmungsplanes vorgelegt. Es handelt sich dabei um den Abschnitt zwischen der Stadtgrenze und der S-Bahn-Trasse.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) meinte, es gebe eine Reihe von Autobahnen der seine Fraktion ablehnend gegenüberstehe. Zur Donauuferautobahn nehme die FPÖ jedoch eine positive Haltung ein. Das heiÙe allerdings kein uneingeschränktes Ja zur Trasse selbst, die entsprechend auch der Meinung des Fachbeirates, hinter dem Hubertusdamm liegen werde. Er wundere sich jedenfalls, daß der Antrag der zuständigen Abteilung bereits eineinhalb Jahre alt ist und jetzt erst dem Gemeinderat vorgelegt werde. Seines Wissens hätte es keine gründliche Beratung über diese schwerwiegende Frage gegeben und der zuständige Ausschuß hätte ohne Debatte in 20 Sekunden den Beschluß gefaÙt. Dabei seien auch die Einsprüche der Siedlerverbände nicht ernsthaft geprüft worden. Da überdies das Ergebnis des Wettbewerbes Donaauraum knapp bevorstehe und er der Meinung sei, das Problem der Donauuferbahn korreliere damit, sei der Akt noch nicht beschlußreif.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) hob als nächster Debattenredner die große Bedeutung dieser Autobahn für den immer stärker werdenden Ausflugsverkehr der Wiener nach Norden hervor. Jede Autobahntrasse werde zwangsläufig zu einem Interessenskonflikt führen, doch müsse man schließlich auch an jene Menschen denken, die in der Prager Straße oder in der Floridsdorfer Hauptstraße wohnten und deren Belästigung bereits unerträglich sei. Den Vorwurf der FPÖ müsse er zurückweisen, da seine Fraktion das Problem nicht nur mit den Beamten des Rathauses, sondern ebenso mit anderen Experten beraten, Lokalausweise durchgeführt und mit den Siedlern diskutiert habe. Bittner hob zudem hervor, daß der Fachbeirat ausdrücklich eine Führung der Autobahn auf der Dammkrone abgelehnt habe, weil diese Lösung die umweltfeindlichste wäre. Bittner erwähnte noch einige andere Alternativen, die von Siedlern vorgeschlagen worden waren, die jedoch alle schlechter als die gewählte Trasse seien. Es müsse allerdings Vorsorge getroffen werden, damit ein Maximum an Umweltschutzeinrichtungen ge-

schaffen und den Siedlern, die der Autobahn weichen müssen, nicht bloß eine angemessene Entschädigung geleistet, sondern ihnen auch ein neuer Siedlungsgrund angeboten werde.

Im Schlußwort meinte Stadtrat Hofmann zu Dr. Hirnschall, man sollte einmal definieren, was denn überhaupt eine Stadtautobahn sei und unterstrich die Ausführungen von Prof. Bittner, daß man sich sehr wohl eingehend mit dem Problem der Trassierung der Donauuferautobahn, nicht zuletzt in einem eigens geschaffenen Unterausschuß, beschäftigt habe. Die Siedlervertreter seien von ihm bereits vor drei Jahren informiert worden, und wenn der eine oder andere seine Siedlerfreunde nicht richtig weiterinformiert habe, so könne man es nicht der Stadtverwaltung anlasten. Neuerlich appellierte Hofmann an alle Wiener, die einen Baugrund kaufen oder pachten, sich doch bei der Magistratsabteilung 21 vorher eingehend darüber zu informieren. Es sei überdies den Siedlern eine Reihe von Zugeständnissen gemacht worden. Was die oft zitierte Führung der Autobahn auf der Dammkrone anlange, hätte sie zur Folge, daß im Bereich der Brücken die Autobahn mindestens sieben Meter hoch aufgeständert werden müßte. Selbstverständlich werde man eine zufriedenstellende Lösung für die Siedler, die abgesiedelt, aber auch für jene, die in der Schwarzlackenau verbleiben, suchen und finden. Was schließlich die Führung der Donauuferautobahn in den weiteren Bereichen, vor allem in Kaisermühlen angehe, habe er Auftrag gegeben, in diesem dicht verbauten Gebiet nicht nur die Trasse sorgfältig zu studieren, sondern ebenso gleichzeitig alle notwendigen Schutzmaßnahmen bis ins Detail zu planen.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Tiefgarage

Ein relativ unbedeutendes Geschäftsstück - es betrifft die Errichtung eines Wohnhauses in der Meiselstraße im 15. Bezirk - wurde von GR. Outolny (SPÖ) deswegen referiert, weil GR. Krenn (FPÖ) wissen wollte, warum der Einwand eines Anrainers im Zusammenhang mit der Feuermauer des Wohnhauses nicht berücksichtigt wurde. Jenem Anrainer, der eine fassadenmäßige Ausgestaltung der Feuermauer durchsetzen wollte, sei im Jahre 1960 von der Baupolizei die aufwendige Ausgestaltung seiner eigenen Feuermauer vorgeschrieben worden, erklärte GR. Krenn. GR. Outolny erwiderte, daß damals ein anderer Flächenwidmungsplan gegolten habe, überdies das an-

grenzende Grundstück von der Stadt Wien angekauft wurde, der Wohnhausbau erweitert wird und sich die Diskussion über die Art der Feuermauer erübrige. Der Antrag auf Baubewilligung der Wohnhausanlage wurde einstimmig angenommen.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) beantragte die Baubewilligung für die Errichtung einer Tiefgarage für 255 Pkw im Bereich des Reumannplatzes. GR. Arthold (ÖVP) nahm dieses Geschäftsstück zum Anlaß, um auf die - seiner Meinung nach - verfehlte Planung in Favoriten aufmerksam zu machen. Der Flächenwidmungsplan für den 10. Bezirk sei noch immer nicht fertig, die Begleiteinrichtungen für die Fußgängerzone in diesem Bezirk würden nicht geschaffen, über die Gestaltung der Laxenburger Straße und des Columbusplatzes herrsche Ungewißheit, von 1.400 versprochenen Parkplätzen würden nun lediglich 255 realisiert. Arthold bezeichnete diese Garage als hochwertiges Abfallprodukt des U-Bahn-Baues, urgierte neuerlich die Weiterführung der U-Bahn über den Reumannplatz hinaus nach Süden, bezeichnete das Garagenprojekt als kleinen Lichtblick im Dunkel der Planung für Favoriten und stimmte dem Projekt im Namen seiner Fraktion zu.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Marktgebühren

GR. Schemer (SPÖ) beantragte die Zustimmung zum Bericht der Straßenbauabteilung über das Brückenbauwerk Knoten Arsenal im Zug der Süd-Ostautobahn.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) teilte mit, daß beim Bezirksgericht Favoriten langwierige Kündigungsverfahren gegen eine Reihe von Kleingartenpächtern anhängig seien und stellte die Frage, wie unter diesen Umständen die Realisierung des Verkehrsbauwerkes vor sich gehe.

Berichterstatter GR. Schemer teilte mit, daß StR. Ing. Hofmann sofort Erhebungen über das Problem anstellen und dann im zuständigen Gemeinderatsausschuß berichten werde.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Das nächste Geschäftsstück betraf die unbefristete Verlängerung der Verordnung über die Marktentgelte, über die GR. Wiesinger (SPÖ) referierte.

GR. Krenn (FPÖ) verweigerte die Zustimmung mit der Begründung, daß er grundsätzlich die städtische Tarifpolitik auf dem Marktsektor ablehne und seiner Meinung nach Schlachthöfe auf kommunaler Basis der Vergangenheit angehören. Das zeige das Fleischzentrum St. Marx, das viel zu groß geraten sei und bei dem selbst vom Kontrollamt eine Abwanderungstendenz als bemerkenswert konstatiert wurde.

GR. Schneider (ÖVP) kritisierte ebenfalls die Tarifpolitik sowohl in St. Marx als auch auf dem Großmarkt Inzersdorf. In St. Marx betragen die Kühlraumgebühren das Doppelte von jenen im städtischen Kühlhaus. Folge: 573 Quadratmeter leerstehende Fläche, 13 Betriebe abgesiedelt. Schon aus der Lagerung heraus müsse in St. Marx ein Kilogramm Fleisch daher um 50 Groschen teurer verkauft werden. Schneider meinte, daß die Stabilisierungsbemühungen der SPÖ nicht echt und wirksam genug seien.

Der Vorwurf wies GR. Wiesinger im Schlußwort zurück und sprach in diesem Zusammenhang von "kriminellen" Äußerungen des ÖVP-Redners. Auf den lautstarken Protest der ÖVP-Fraktion hin, zog Wiesinger diesen Ausdruck zurück.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Wirtschaftsförderung

Stadtrat Hans Mayr (SPÖ) legte ein Paket von Anträgen vor, mit denen vier Aktionen zur Wirtschaftsförderung - die Kredite für Betriebsum- und ansiedlungen, für Existenzgründungen, für Modernisierungen von Gewerbebetrieben ("Portalaktion") und für die strukturverbessernde Übersiedlung von Großhandelsunternehmen - weiter ausgebaut werden. Die Bestimmungen werden verbessert, der Kreditrahmen dieser vier Aktionen wird um 215 auf 1.800 Millionen Schilling erhöht. Stadtrat Mayr bezeichnete die Anträge als Beispiel für das Bemühen, der Wiener Wirtschaft die nötige Hilfe zu leisten. Die Aufstockung sei notwendig geworden, weil sich diese Aktionen großer Beliebtheit erfreuen und deshalb stark in Anspruch genommen werden.

Wie sehr die Stadtverwaltung gerade kleinen und mittleren Betrieben bei der Bewältigung von Struktur- und Umstellungsproblemen helfe, sehe man an diesen Anträgen. Das erklärte GR. Sallaberger (SPÖ)

Die Existenzgründungsaktion bestehe seit neun Jahren. In dieser Zeit sei es fast 2.000 jungen Menschen mit Krediten von zusammen mehr als 200 Millionen ermöglicht worden, sich selbständig zu machen. In der Aktion zugunsten der Modernisierung von Gewerbebetrieben wurden in fünfzehn Jahren an rund 6.000 Gewerbetreibende Kredite von insgesamt fast einer halben Milliarde Schilling gewährt.

GR. Ing. Kreiner (ÖVP) begrüßte die Anträge, erklärte jedoch, daß ein im November eingebrachter ÖVP-Antrag, der eine ähnliche Verbesserung der Existenzgründungsaktion angestrebt habe, von der SPÖ als "gegenwärtig nicht zweckmäßig" abgelehnt worden sei. Offenbar habe dieser ÖVP-Antrag die Anregung dazu gegeben, daß nun die Mehrheit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung trage.

Stadtrat Mayr erwiderte im Schlußwort, daß die Mehrheit abgelehnt habe, eine der Aktionen zu verändern, weil sie zu einem Zeitpunkt, der im Interesse der Stabilitätsbemühungen richtig sei, ein Paket von Maßnahmen vorlegen wollte. Das sei nun geschehen. Stadtrat Mayr bekannte sich zu dem Grundsatz, auch Anregungen der Opposition in die Überlegungen der Mehrheit einzubeziehen. Fragen der Wirtschaftspolitik solle man emotionslos behandeln. Nur das vernünftige Zusammenspiel aller Wirtschaftspartner mache eine optimale wirtschaftliche Entwicklung möglich.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Wasserbehälter Lainz

Zum Antrag von GR. Ing. Nedwed (SPÖ), für die Instandsetzung des Wasserbehälters Lainz 16 Millionen Schilling zu genehmigen, meldete sich als einziger Debattenredner GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) zu Wort. Er wies darauf hin, daß durch die schadhaften Stellen im Boden, in den Wänden und in der Decke des Behälters täglich mehrere tausend Kubikmeter Wasser verrieseln. Das seien etwa zwei Prozent des Inhalts. Da in Wien infolge Wasserknappheit schon mehrmals Sparmaßnahmen verfügt werden mußten, hätten die Instandsetzungsarbeiten schon längst vorgenommen werden sollen. Durch das ausfließende Wasser sei im übrigen ein Eichenbestand abgestorben. Der Schaden sei mit drei Millionen Schilling zu beziffern. GR. Ing. Nedwed erklärte in seinem Schlußwort, daß der Behälter zwischen 1934 und 1938 errichtet worden ist. Dabei sei schlechtes Material verwendet worden. Gerade aus Versorgungsgründen

könne man die Behälter nur schrittweise überprüfen. Das sei der Grund, daß man erst jetzt daran gehe die Reparaturen vorzunehmen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Dringliche Anfrage

Zum Schluß der Gemeinderatssitzung wurde eine dringliche Anfrage der ÖVP an den Bürgermeister behandelt. Die Gemeinderäte Dr. Macher und Prof. Zörner erinnerten im Zusammenhang an das Saudi-Arabien-Geschäft des Baurings an die daraus resultierenden hohen Verluste und wollten vom Bürgermeister wissen, ob die Zahlung einer Abfertigung von je rund 150.000 Schilling sowie von laufenden Pensionen von rund 30.000 Schilling monatlich an die ehemaligen Geschäftsführer des Bauringes, Obersenatsrat Zöllner und Kommerzialrat Wawrowetz mit seinem Wissen und seiner Billigung erfolgen und ob dieser Pensionsanspruch nicht voreilig zuerkannt wurde, da die Prüfung zivil- und strafrechtlicher Aspekte noch im Gang ist. Außerdem wurde der Bürgermeister gefragt, welche Aufsichtsräte im März 1973 die Bilanz für 1971 gut geheißen haben, obwohl damals erstmalig die Verluste in Saudi-Arabien erkennbar waren. Schließlich wollte die ÖVP wissen, warum die Gemeinde Wien als Hauptgesellschafter nicht früher Unterlagen über das risikoreiche Geschäft verlangt hat. Schließlich wurde Bürgermeister Gratz noch gefragt, ob er veranlassen werde, daß die Bilanzen 1972 und 1973 möglichst rasch vorgelegt werden.

Zur Begründung der dringlichen Anfrage sprach GR. Dr. Macher (ÖVP), der ausführte, es bestünde ein Widerspruch darin, daß bei der letzten Sitzung vom Bürgermeister beziehungsweise dem Aufsichtsratsvorsitzenden Suttner erklärt worden sei, es würden weitere Erhebungen gepflogen, um die Geschäfte aufzuklären und der Tatsache, daß, bereits Pensionen bezahlt würden, obwohl diese Verfahren noch nicht abgeschlossen worden seien. Die Bevölkerung wolle wissen, warum diese Pensionen bezahlt würden. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als wolle man jemandem die Mauer machen. Die Sozialisten hätten die Möglichkeit, nun Aufklärung zu geben oder abzuwarten, ob sie durch allfällige Bürgerinitiativen dazu gezwungen würden.

Als Kontraredner führte GR. Schreiner (SPÖ) aus, alle Mitglieder des Gemeinderates hätten ein starkes Interesse an der Aufdeckung aller Tatsachen. Deshalb sei das Kontrollamt über Weisung des Bürgermeisters derzeit dabei, eine Prüfung des Saudiarabien-Geschäftes vorzunehmen. Das Ergebnis dieser Prüfung werde selbstverständlich dem Gemeinderat vorgelegt. Derzeit sei es aber weder sinnvoll noch zweckmäßig, bloß Einzelfragen oder Teilaspekte aus dem Gesamtkomplex herauszuheben, außer man wolle rasch Schuldige finden. Da der Anfrage keine neuen Gesichtspunkte zugrunde lägen, sehe seine Fraktion keinen Grund, die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Abstimmung: Mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ blieb die Zuerkennung der Dringlichkeit in der Minderheit, die Beantwortung der Anfrage wird schriftlich erfolgen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

k o m m u n a l :

=====

dank des gemeinderates an stadtbaudirektor koller

18 wien, 7.5. (rk) der wiener gemeinderat hat am dienstag dem wiener stadtbaudirektor i.r. prof. dipl.-ing. dr. rudolf k o l l e r den dank ausgesprochen.

1612

L o k a l :

=====

baumpflanzung im josef strauss-park

1 wien, 7.5. (rk) die verschobene baumpflanzungsaktion im josef strauss-park in der kaiserstrasse in wien-neubau findet am kommenden donnerstag um 11.30 uhr statt. diese baumpflanzung geht - wie berichtet - auf die nachahmenswerte initiative der firma preblauer und thalheimer zurueck, die reklame fuer das unternehmen mit massnahmen zur verbesserung der umweltqualitaet verbinden wollte. die firmenleitung dieses unternehmens stellt 60.000 schilling fuer die anpflanzung von 170 schwarzfoehren zur verfuegung. umweltstadtrat peter s c h i e d e r wird den ersten baum pflanzen.

geehrte redaktion

wir laden sie herzlich ein, zu dieser baumpflanzung bericht-erstatte und fotografen zu entsenden.

bitte merken sie vor:

zeit: donnerstag, 9. mai, 11.30 uhr.

ort: josef strauss-park, 1070 wien, kaiserstrasse 102.

0910

L o k a l :

=====

feuerwehr auf naechtlicher fuchsjagd

7 wien, 7.5. (rk) unter einsatz ihres lebens begaben sich feuerwehrlaute und bauarbeiter auf dem gelaende der ehemaligen wienerberger ziegelwerk in wien-favoriten, auf eine ungewoehnliche 'fuchsjagd'. zwei etwa vier wochen alte jungfuechse stuerzten in eine etwa fuenf meter tiefe baugrube und konnten sich nicht mehr befreien.

die wiener feuerwehr wurde alarmiert, um die beiden fuechse zu bergen. da aber ein vordringen zu dem kellerartigen, teilweise stark verschuetteten rohrsystem - 40 x 40 cm - nicht moeglich war, konnten die in einem seitengang befindlichen jungfuechse trotz verwendung von fangschlingen und spezialgeraeten, nicht eingefangen werden.

da entschlossen sich die arbeiter der baufirma schindler spontan, den schacht freizulegen. unter einsatz ihres lebens baggerten sie den fuenf meter tiefen schacht aus. die maenner liessen sich an stricken in den graben hinunter. schliesslich gelang es einem der bauarbeiter, bis an das rohrsystem heranzukommen und einen der beiden fuechse zu bergen.

das jungtier wurde dem veterinaer dr. fleckner vom wiener tienschutzhaus uebergeben. der fuchs ist wieder quietschlebig.

der polier der baufirma, franz bosch, gab den auftrag, auch nach dem zweiten tier zu suchen. die baugrube wurde abgesichert, und heute, diensttag, nach dem verschwundenen fuchs weitergesucht. leider blieb das vorhaben bisher erfolglos.

1200

k u l t u r :

=====

peter wehle ein sechziger

2 wien, 7.5. (rk) einer der beliebtesten wiener kabarettisten der zweiten republik, peter wehle, feiert am donnerstag, dem 9. mai seinen sechszigsten geburtstag.

wehle, sohn eines wiener rechtsanwaltes strebte zuerst eine aehnliche laufbahn wie sein vater an. nach der matura am wiener schottengymnasium studierte er an der universitaet wien jus und wurde 1938 zum doktor der rechte promoviert. parallel zur 'buergerlichen ausbildung' genoss er allerdings in den faechern klavier, violine und musiktheorie auch eine profunde musikalische ausbildung. seine lehrer waren unter anderen richard ehrmann, heda ballon und walter tschoepe.

nach dem zweiten weltkrieg wurde peter wehle rasch durch seine liedertexte und kompositionen bekannt, 1946 kreierte er mit 'steh auf, liebes wien' einen hit. als mitarbeiter des landessenders salzburg, der sender rot-weiss-rot und des amerikanischen senders in oesterreich sowie als verfasser von kleinrevuen fuer die 'femina' arbeitete er weiter an seinem ruf als texter und komponist die gelungene vertonung des willi forst-filmes 'das kuckucksei' (1949) und die musik zu 'in muenchen steht ein hofbraeuhaus' und 'rosen aus dem sueden' machten ihm auch als schreiber guter filmmusik einen namen. durch seine, teilweise in zusammenarbeit mit gerhard bronner, und karl farkas verfassten musikalischen lustspiele wie 'ein wiener aus amerika' und seine kabarettistischen leistungen schuf er er den markenbegriff 'made by wehle'.

0913

k u l t u r :

=====

jubilaeumsausstellung in der galerie alsergrund

3 wien, 7.5. (rk) die vor vier jahren in den räumen des bezirksmuseums alsergrund, 9, waehringer strasse 43, eingerichtete ''galerie alsergrund'' feiert ein jubilaeum: donnerstag, den 9. mai, um 19.30 uhr, wird vizebuengermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r in anwesenheit von bezirksvorsteher karl s c h m i e d b a u e r die 25. ausstellung in der galerie eroeffnen.

im rahmen einer kollektivschau werden arbeiten von saemtlichen kuenstlern, die bereits in der galerie ausgestellt haben, zu sehen sein. der querschnitt umfasst malereien und grafiken, plastiken in metall und holz, keramiken, aquarelle, fotos, wachsenkaustiken, glasbildhauereien und collagen.

die ausstellung ist bis 2. juni, dienstag und donnerstag von 17 bis 19 uhr, samstag und sonntag von 10 bis 12 uhr, geoeffnet.

0915